Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/4186

22. 03. 96

Beschlußempfehlung und Bericht

des Innenausschusses (4. Ausschuß)

zu dem Gesetzentwurf der Abgeordneten Dr. Klaus-Dieter Uelhoff, Michael von Schmude, Dr. Rolf Olderog, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Ina Albowitz, Jürgen Koppelin und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksache 13/3639 –

Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung einer Otto-von-Bismarck-Stiftung

A. Problem

Umwandlung der bestehenden unselbständigen Otto-von-Bismarck-Stiftung bürgerlichen Rechts in eine rechtsfähige Stiftung des öffentlichen Rechts, Otto-von-Bismarck-Stiftung.

B. Lösung

Erlaß eines Errichtungsgesetzes, das insbesondere Bestimmungen über den Stiftungszweck, das Stiftungsvermögen sowie Organe der Stiftung und deren Aufgaben enthält.

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Für die zur Erfüllung des Stiftungszweckes erforderlichen Mittel hat der Bund einzustehen (jährliche Betriebskosten: etwa 1 Mio. DM; Umbau des vom Bund erworbenen Bahnhofs Friedrichsruh, Aumühle, zum Forschungs- und Dokumentationszentrum: etwa 7,5 Mio. DM).

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Gesetzentwurf – Drucksache 13/3639 – unverändert anzunehmen.

Bonn, den 13. März 1996

Der Innenausschuß

Dr. Willfried Penner
Vorsitzender

Erika Steinbach
Berichterstatterin

Siegfried Vergin
Berichterstatter

Manfred Such
Berichterstatter

Cornelia Schmalz-Jacobsen
Berichterstatterin

Ulla Jelpke
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Erika Steinbach, Siegfried Vergin, Manfred Such, Cornelia Schmalz-Jacobsen und Ulla Jelpke

1. Der Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. wurde in der 86. Sitzung des Deutschen Bundestages am 8. Februar 1996 an den Innenausschuß federführend und an den Haushaltsausschuß zur Mitberatung überwiesen.

2. Der Haushaltsausschuß hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS empfohlen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

3. Der Innenausschuß hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 13. März 1996 abschließend beraten und ihm mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen eine Stimme der Gruppe der PDS ohne Aussprache unverändert zugestimmt. Wegen der Begründung wird auf Drucksache 13/3639 hingewiesen.

Bonn, den 13. März 1996

Erika Steinbach
Berichterstatterin

Siegfried Vergin
Berichterstatter

Manfred Such
Berichterstatter

Cornelia Schmalz-Jacobsen
Berichterstatterin

Ulla Jelpke
Berichterstatterin

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333